

Maximilian Blömer, Elena Herold, Max Lay, Andreas Peichl, Ann-Christin Rathje, Paul Schüle und Anne Steuernagel

Arbeitsmarktdynamik und Einkommensungleichheit in Deutschland

Ein Überblick von 1983 bis 2020*

IN KÜRZE

Der Artikel zeigt die Entwicklung der Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt und der Einkommen in Deutschland über die vergangenen vier Jahrzehnte. Bemerkenswert ist hierbei die gestiegene Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen und älteren Beschäftigten. Bei den Arbeitseinkommen sind jedoch weiterhin große Unterschiede zwischen Müttern und kinderlosen Frauen sowie zwischen Männern und Frauen zu beobachten. Die Ungleichheit der Arbeitseinkommen und der verfügbaren Haushaltseinkommen ist nach der Wiedervereinigung zunächst gestiegen. In den Jahren vor der Corona-Pandemie ging die Ungleichheit bei den Arbeitseinkommen zurück – trotz veränderter Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung, die in der Tendenz ungleichheitstreibend wirkt. Generell trägt das deutsche Steuer- und Transfersystem dazu bei, die Einkommensungleichheit zwischen Haushalten zu mildern.

In den zurückliegenden Jahrzehnten hat Deutschland signifikante demografische und wirtschaftliche Veränderungen durchlaufen, die die Arbeitswelt und die Verteilung der Haushaltseinkommen nachhaltig verändert haben. Die Wiedervereinigung im Jahr 1990 stellte dabei einen tiefen Einschnitt dar, der weitreichende Auswirkungen nicht nur für die Wirtschaft Ostdeutschlands, sondern auch für das gesamte Land nach sich zog. Während die deutsche Wirtschaft in den 1980er Jahren noch durchschnittlich um 2,6% pro Jahr wuchs, fiel das durchschnittliche jährliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den 1990ern auf 1,6% und in den 2000ern weiter auf 0,9% (Statistisches Bundesamt 2023).

Deutschlands wirtschaftliche Institutionen haben sich ebenfalls stark gewandelt. Während Tarifverträge in einigen Wirtschaftszweigen weiterhin eine wichtige Rolle spielen, ist der Anteil tarifgebundener Arbeitnehmer*innen von 85% in den 1980er Jahren auf aktuell

55% gefallen (OECD 2023a). Die Hartz-Reformen zu Beginn der 2000er Jahre führten zu tiefgreifenden Veränderungen im Grundsicherungssystem und die Einführung eines einheitlichen Mindestlohns 2015 stellte ein arbeitsmarktpolitisches Novum dar. Zusammen mit anhaltenden Veränderungen in der Arbeitsnachfrage haben sich insbesondere die Beschäftigungsmuster im unteren Einkommenssegment verändert.

Angesichts dieses steten Wandels ist eine regelmäßige Erfassung der Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen in der Gesellschaft notwendig. Trotz zahlreicher Untersuchungen zu Einkommensentwicklung und Ungleichheit in den vergangenen Jahren – etwa von Fuchs-Schündeln et al. (2010), Card et al. (2013), Peichl et al. (2018) und Drechsel-Grau et al. (2022) – fehlt es an einer aktuellen, umfassenden Analyse der Ungleichheit in Deutschland, die auch weitere Dimensionen über die Einkommensungleichheit hinaus berücksichtigt.

Um diese Lücke zu füllen, dokumentieren Blömer et al. (2023) im Rahmen des *Deaton Review* Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungsbereich und bei den Haushaltseinkommen.¹ Hierzu analysieren wir für Deutschland Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) über den Zeitraum von 1983 bis 2020. Das SOEP ist eine repräsentative Haushaltsbefragung und ermöglicht Untersuchungen von Einkommen und Beschäftigung und liefert gleichzeitig Informationen über Bildung, Haushaltszusammensetzung und familiären Hintergrund. Dies ermöglicht, auf Basis einer einheitlichen Datengrundlage verschiedene Dimensionen von Ungleichheit zu untersuchen. Für die Untersuchung beschränken wir die Stichprobe auf Personen zwischen 25 und 60 Jahren. Nominale Einkommen wurden unter Verwendung des Verbraucherpreisindizes in reale Werte mit Basisjahr 2019 umgerechnet. Zudem passen wir unter Verwendung der modifizierten OECD-Äquivalenzskala das verfügbare Haushaltseinkommen an die Größe des Haushalts an.²

* Das diesem Bericht zugrunde liegende Forschungsvorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung als Teil des Projekts »Ein transatlantischer Vergleich von Einkommensungleichheit und Chancenungleichheit über fünf Jahrzehnte (TACI)« unter dem Förderkennzeichen 01UG2214 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor*innen.

¹ Die Deaton Review Länderstudien-Initiative ist ein gemeinschaftliches Projekt von 17 Ländern aus Europa und Nordamerika mit dem Ziel, Daten und Methoden zu harmonisieren und so ein tiefgreifendes Verständnis für die Ursachen wirtschaftlicher Ungleichheiten in hoch entwickelten Nationen zu entwickeln.

² Weiterführende Details zu Definitionen und den verwendeten Einkommenskonzepten finden sich in Blömer et al. (2023).

STEIGENDE ARBEITSMARKTBETEILIGUNG VON FRAUEN UND ÄLTEREN

Insbesondere zwei Entwicklungen kennzeichnen die Arbeitsmarktdynamik, die von demografischen und wirtschaftlichen Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte geprägt ist: die steigende Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen und von älteren Menschen.

Ausgehend von einem niedrigen Niveau verzeichnete die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer*innen (61–74 Jahre) einen erheblichen Anstieg (vgl. Abb. 1). Lag die Erwerbstätigenquote in dieser Altersgruppe im Jahr 2000 noch bei rund 13%, so stieg sie bis 2019 auf etwa 35% an. Diese Entwicklung lässt sich teilweise auf die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters sowie auf stärkere Anreize für Teilzeitarbeit im Rentenalter zurückführen.

Besonders bemerkenswert ist außerdem der kontinuierliche Anstieg der Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen im mittleren erwerbsfähigen Alter (25–60 Jahre). Seit 1983 ist der Anteil erwerbstätiger Frauen in dieser Altersgruppe von etwas über 50% in den frühen 1980er Jahren auf über 80% gestiegen. Im Gegensatz dazu blieb die Erwerbstätigenquote der Männer stabil bei etwa 90%, wodurch die Geschlechterlücke in der Beschäftigung von fast 40 auf etwa 7 Prozentpunkte gesunken ist.

Eine Analyse der Beschäftigungsquoten über den Lebenszyklus hinweg zeigt, dass der Anstieg der Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen durch die Altersgruppen ab Mitte 20 getrieben wird. Insbesondere bei Frauen im Alter von 30 Jahren ist der Anteil der Beschäftigten von 60% in den 1980er Jahren (in Westdeutschland) auf über 80% im Jahr 2019 (in Gesamtdeutschland) gestiegen. Die Beschäftigungsquoten für Frauen um die 50 nahmen von 50% im Jahr 1983 auf 85% im Jahr 2019 zu.

Darüber hinaus zeigt eine Analyse der Stundenlöhne über den Lebenszyklus hinweg, dass die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen im Alter von 25 Jahren in den vergangenen Jahren nahezu verschwunden sind. Die Geschlechterlohnlücke beginnt jedoch zwischen 25 und 35 Jahren allmählich zu wachsen. Dies wird in der Literatur oft mit der Geburt des ersten Kindes in Verbindung gebracht – bekannt als *Child Penalty* (Kleven et al. 2019).

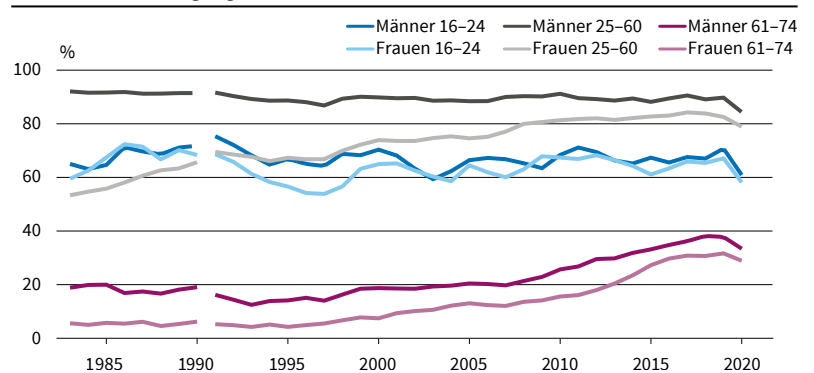
Im Gegensatz zu Männern arbeiten Frauen nach der Familiengründung häufiger in Teilzeit oder geben ihre Erwerbstätigkeit zeitweise ganz auf. Dies wird bei den Unterschieden in den Beschäftigungsquoten zwischen Müttern und kinderlosen Frauen deutlich (vgl. Abb. 2) sowie zwischen Müttern und Vätern. Die Wahrscheinlichkeit, dass jüngere Mütter um die 30 nicht erwerbstätig sind, ist um 20 Prozentpunkte höher als für kinderlose Frauen. Zudem arbeiten sie viermal häufiger in Teilzeit, wenn sie beschäftigt sind. Erst im Alter von 50 Jahren schließt sich die Lücke in der Beschäftigungsquote zwischen Müttern und kinderlosen Frauen. Im Gegensatz dazu hat die Elternschaft

für Väter wenig bis keine negativen Konsequenzen auf dem Arbeitsmarkt. Die Beschäftigungswahrscheinlichkeit ist zwar etwas geringer, aber sie verdienen etwas mehr als kinderlose Männer.

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ist die Beschäftigungsquote von Frauen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland relativ hoch. Dennoch führt der hohe Anteil an Teilzeitarbeit von Müttern dazu, dass Deutschland trotz einer geringeren Beschäftigungslücke im Vergleich zu anderen entwickelten Ländern eine relativ große Lohnlücke zwischen Vätern und Müttern aufweist.

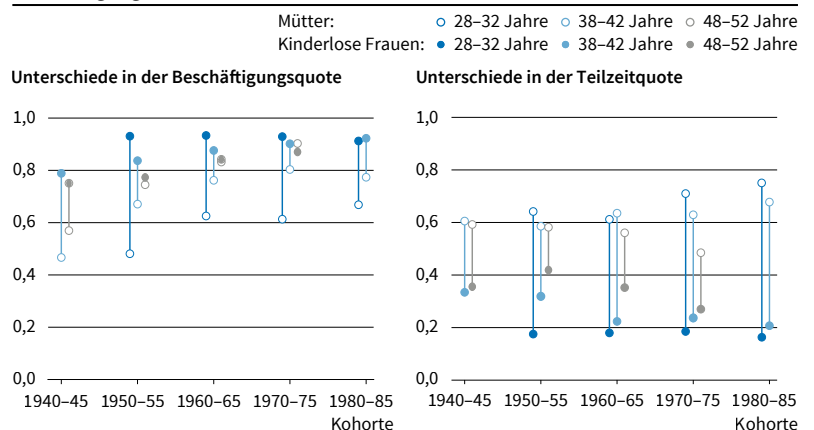
Das Arbeitseinkommen von Müttern um die 30 liegt durchschnittlich 70 bis 80% unter dem der gleichaltrigen Väter. Bei kinderlosen Personen ist die Geschlechterlohnlücke niedriger und hat über die vergangenen Jahrzehnte abgenommen. Besonders bei kinderlosen Frauen um die 30 hat sich die Lücke auf weniger als 5% für die jüngsten Jahrgänge verringert. Jedoch bleiben die Arbeitseinkommen von Müttern auch im Alter von 50 Jahren unter denen von kinderlosen Frauen, und signifikante Geschlechterunterschiede bestehen unabhängig von der Elternschaft fort. Der Rückgang des Arbeitsangebots von Müttern

Abb. 1
Arbeitsmarktbeteiligung nach Alter und Geschlecht^a



^a Bis 1990: Nur Westdeutschland. Quelle: SOEP v38.1; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

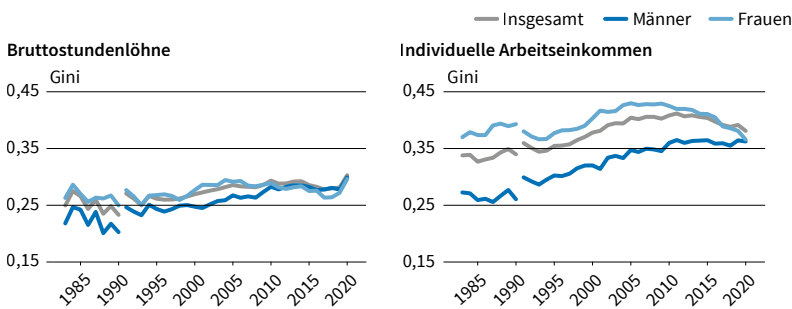
Abb. 2
Beschäftigungsunterschiede^a zwischen Müttern und kinderlosen Frauen



^a Die Stichprobe umfasst Frauen im Alter von 28–32, 38–42 oder 48–52 Jahren aus den Kohorten 1940–45, 1950–55, 1960–65, 1970–75 und 1980–85, ihren Beschäftigungsstatus sowie ihren Elternstatus. Beschäftigung ist definiert als die Arbeit von durchschnittlich mindestens einer Stunde pro Woche im Vorjahr. Quelle: SOEP v38.1; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 3

Gini-Koeffizient der realen Bruttostundenlöhne und individuellen Arbeitseinkommen*



* Diese Abbildung zeigt den Gini-Koeffizienten (insgesamt und nach Geschlecht) der realen Bruttostundenlöhne in einer Stichprobe von abhängig Beschäftigten im Alter von 25–60 Jahren sowie für individuelle Arbeitseinkommen in einer Stichprobe von erwerbstätigen Personen im Alter von 25–60 Jahren. Die Stichprobe der abhängig Beschäftigten schließt Personen mit Einkommen aus Selbständigkeit nicht ein. Wir lassen die unteren und oberen 1 % der geschlechtsspezifischen Verteilung der Stundenlöhne für die Analyse außen vor. Personen gelten als erwerbstätig, wenn sie im Jahr vor der Umfrage mindestens 52 Stunden gearbeitet haben und Einkommen aus unselbständiger Arbeit oder Selbständigkeit bezogen haben. Bis 1990: Nur Westdeutschland.
Quelle: SOEP v38.1; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institute

führt zu deutlich zunehmenden Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen im Lauf des Berufslebens.

PARALLELE ENTWICKLUNG DER LOHN- UND EINKOMMENSUNGLEICHHEIT

Die Untersuchung der Entwicklung der Stundenlöhne und Einkommen in Deutschland zeigt eine bemerkenswerte Stabilität der durchschnittlich gearbeiteten Stunden über die vergangenen Jahrzehnte. Männer sind fast immer vollzeitbeschäftigt, mit einer leichten Reduzierung der Arbeitsstunden von 42 auf 40 Stunden pro Woche zwischen 1983 und 2020. Im Gegensatz dazu waren abhängig beschäftigte Frauen im Jahr 2020 durchschnittlich 32 Stunden pro Woche beschäftigt – ein nur geringer Anstieg über die vergangenen zwanzig Jahre. Dies bestätigt die oben gezeigten Ergebnisse: Der Zuwachs an Arbeitskraft von Frauen beziehungsweise Müttern erfolgte primär durch den Arbeitmarkteintritt und nicht eine Arbeitszeiterhöhung bei bereits erwerbstätigen Frauen.

Zwischen 1983 und 2020 sind die realen Median-Stundenlöhne kaum gestiegen. Aufgrund ihres niedrigeren Lohnniveaus führte die Integration der ostdeutschen Bundesländer in die Stichprobe im Jahr 1991 zu einem Rückgang der Median-Stundenlöhne. Nach der deutschen Wiedervereinigung stagnierten die realen Medianlöhne sowohl bei Männern als auch bei Frauen über alle Bildungsgruppen.

Betrachtet man die realen Bruttostundenlöhne von abhängig Beschäftigten, ergibt sich eine große Heterogenität in den jährlichen Wachstumsraten (vgl. auch Drechsel-Grau et al. 2022). Der Zeitraum von 1983 bis 1990 war durch ein hohes Lohnwachstum über alle Perzentile gekennzeichnet, mit einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg von fast 2% für Männer und 3% für Frauen in Westdeutschland. Nach der Wiedervereinigung verlangsamte sich das Wachstum und die Lohnungleichheit stieg zwischen 1991 und 2007. Die Ungleichheit der Arbeitseinkommen ist im

gleichen Zeitraum vor allem wegen reduzierter Arbeitsstunden bei Frauen im unteren Lohnsegment und Zuwächsen primär am oberen Ende der Lohnverteilung gestiegen. Zwischen 2007 und 2019 wechselt das Muster zu einem überwiegend inklusiven Wachstum, mit durchschnittlichen jährlichen realen Lohnsteigerungen von 1% für Männer und 2% für Frauen und höheren Zuwächsen am unteren Ende der Verteilung. Dieser Anstieg lässt sich teilweise mit der Einführung des bundesweiten Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde im Jahr 2015 und den positiven Lohnabschlüssen der Gewerkschaften erklären (Brüll und Gathmann 2020; Grabka 2021; Bossler und Schank 2023; Felbermayr et al. 2016).

Die Ungleichheit bei Stundenlöhnen und individuellen Arbeitseinkommen in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten sehr ähnlich entwickelt (vgl. Abb. 3). Der Gini-Koeffizient für Stundenlöhne und individuelle Einkommen nahm zwischen 1993 und 2010 zu, fiel jedoch im vergangenen Jahrzehnt wieder, teilweise bedingt durch einen Rückgang von Lohn- und Stundenungleichheit unter Frauen.

BESCHÄFTIGUNGSZUWACHS BEI GERINGVERDIENENDEN VERDECKT RÜCKGANG DER UNGLEICHHEIT

Die hohe Arbeitslosenquote um die Jahrtausendwende sowie der Ruf als »kranker Mann Europas« führte zu einer der wichtigsten Transformationen des deutschen Wohlfahrtsstaats in den vergangenen Jahrzehnten: den Hartz-Reformen. Ziele dieser – Anfang des neuen Jahrtausends eingeführten – Reformen waren, den Arbeitsmarkt effizienter und flexibler zu gestalten, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und das Transfersystem stärker auf die Notwendigkeiten und Bedürfnisse der Betroffenen auszurichten. Insbesondere Hartz IV wurde zum Synonym für eine neue, weniger großzügige Unterstützungslieferung für Langzeitarbeitslose. In den Jahren nach den Reformen – sei es durch Kausalität oder Korrelation – sank die Arbeitslosenquote deutlich und fiel bis 2008 auf 7,4% und bis 2019 nochmals auf 5,2% (Bundesagentur für Arbeit 2023).

Der Beschäftigungsanstieg seit 2006, der vor allem im unteren Einkommensbereich stattfand, beeinflusste die Einkommensungleichheit maßgeblich (Felbermayr et al. 2016). Um dies zu dokumentieren, folgen wir Felbermayr et al. (2016) und berechnen den Gini-Koeffizienten des individuellen Bruttoeinkommens auch in der Gesamtbevölkerung. Dazu setzen wir das Einkommen von Personen ohne Arbeitseinkommen auf null, anstatt diese Personen von der Berechnung auszuschließen. Die Ergebnisse zeigen, dass die hinzugewonnene Beschäftigung am unteren Rand zwischen 2005 und 2010 zwar zu einer höheren Ungleichheit innerhalb der Gruppe der Erwerbstätigen geführt hat, aber innerhalb der gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung die Ungleichheit bereits ab 2006 wieder abgenommen hat.

STEUER- UND TRANSFERSYSTEM REDUZIERT EINKOMMENSUNGLEICHHEIT

Zwei wichtige Faktoren haben die Verteilung des Einkommens in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich beeinflusst: das Steuer- und Transfersystem und eine Tendenz, dass Ehen und Partnerschaften zunehmend zwischen Personen mit ähnlichem sozio-ökonomischen Status eingegangen werden. Dieses Muster der Paarbildung, bei der Personen einen Partner oder eine Partnerin mit ähnlichem Bildungsniveau oder Einkommen wählen (*assortative matching*), hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Es führt dazu, dass Personen mit niedrigen Bildungsabschlüssen heute seltener verheiratet sind oder mit einem Partner zusammenleben als der Rest der Bevölkerung. Dies senkt wiederum die verfügbaren Haushaltseinkommen dieser Gruppe im Vergleich zu höher qualifizierten Personen.

Die Änderungen im deutschen Steuer- und Transfersystem haben wesentliche Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen individuellem Arbeitseinkommen und verfügbarem Haushaltseinkommen. Bis zur Einführung der Hartz-Reformen 2005 stieg der Anteil der Sozialleistungen am gesamten Bruttohaushaltseinkommen stetig an, insbesondere im untersten Quartil der Einkommensverteilung. Seitdem hat sich dieser Trend umgekehrt und der Anteil der Sozialleistungen am Gesamteinkommen sinkt langsam, aber kontinuierlich. Diese Entwicklung zeigt sich auch im Anstieg der Arbeitslosenquote vor den Hartz-Reformen und deren Rückgang danach (Bundesagentur für Arbeit 2023).

Um die Rolle von Steuern und Transfers bei der Reduzierung der Ungleichheit umfassend darzustellen, zeigt Abbildung 4 die Gini-Koeffizienten für die Bruttohaushaltseinkommen und die verfügbaren Haushaltseinkommen. Trotz zunehmender Einkommensungleichheit in den frühen 2000er Jahren ist der Gini-Koeffizient für das verfügbare Einkommen durchweg niedriger. Das Steuer- und Transfersystem ist also bis heute progressiv und trägt somit zur Verringerung von Ungleichheit bei. Sowohl Sozialtransfers, die typischerweise auf Haushalte am unteren Ende der Einkommensverteilung abzielen, als auch das progressive Einkommensteuersystem, bei dem Haushalte mit hohem Bruttoeinkommen höhere Grenzsteuersätze zahlen, tragen zum umverteilenden Charakter des deutschen Wohlfahrtsstaats bei. Trotz größerer Reformen des Steuer- und Transfersystems, wie den Hartz-Reformen, blieb die Differenz zwischen dem Gini-Koeffizienten des Bruttohaushaltseinkommens und des verfügbaren Haushaltseinkommens zwischen 1984 und 2020 relativ stabil.

Weitere institutionelle Rahmenbedingungen haben die Struktur des deutschen Arbeitsmarkts und damit auch die Einkommensverteilung in den vergangenen Jahrzehnten beeinflusst. 2015 wurde zum ersten Mal in Deutschland ein landesweiter gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro eingeführt. Nachdem die

folgende jährliche Anpassung des Mindestlohns durch eine Mindestlohnkommission aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter*innen sowie Ökonom*innen vorgeschlagen wurde, erhöhte die Bundesregierung zum Jahr 2022 den Mindestlohn davon abweichend auf substantielle 12 Euro. Zum 1. Januar 2024 wurde er auf 12,41 Euro angehoben – dieses Mal unabhängig durch die Mindestlohnkommission bestimmt.

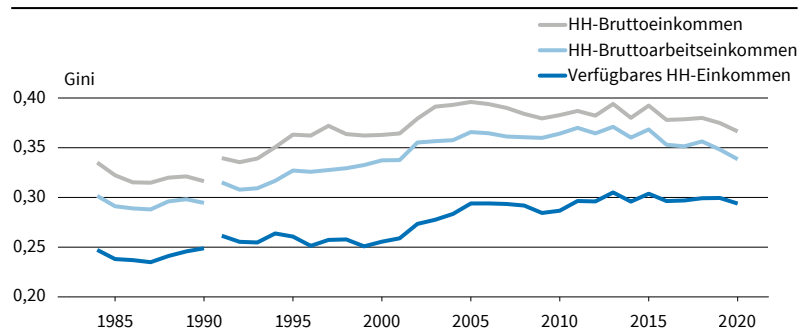
Der Anteil der Beschäftigten, die weniger als das 1,2-fache des Mindestlohns verdienen, ist seit dessen Einführung relativ konstant geblieben und bis zum Jahr 2019 nur leicht gesunken. Auch das Niveau des Mindestlohns in Relation zum Mediannettohlohn hat sich ähnlich entwickelt. Obwohl für den jüngsten Zeitraum im SOEP noch keine Daten vorliegen, zeigen Daten der OECD, dass dieses Verhältnis mit der starken Anhebung im Jahr 2022 gestiegen ist (OECD 2023b). Verschiedene Studien zeigen einen geringen Beschäftigungseffekt des Mindestlohns (Bossler und Gerner 2020; Blömer et al. 2020; Dustmann et al. 2022). Betroffene Unternehmen scheinen wesentlich häufiger ihre Preise angehoben als die Beschäftigung reduziert zu haben (Link 2022). Darüber hinaus gibt es Evidenz, dass die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns die Lohnungleichheit gemindert hat (Bossler und Schank 2023).

EINWANDERUNG VERÄNDERT ZUSAMMENSETZUNG DER EINKOMMENSVERTEILUNG

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990, die die Bevölkerung der Bundesrepublik um 16 Mio. Ostdeutsche erweiterte, hat die Zuwanderung aus dem Ausland die Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung maßgeblich verändert. Aktuell hervorzuheben ist die Zuwanderungswelle, die durch Russlands Invasion in der Ukraine ausgelöst wurde. Laut Prognosen wird dieser Trend anhalten, wobei das Jahr 2022 die bisher höchste Nettomigrationsbilanz verzeichnete. Insgesamt ist der Anteil der Migrant*innen in Deutschland von unter 10% in den 1980er Jahren auf zuletzt fast 20% gestiegen.

Abb. 4

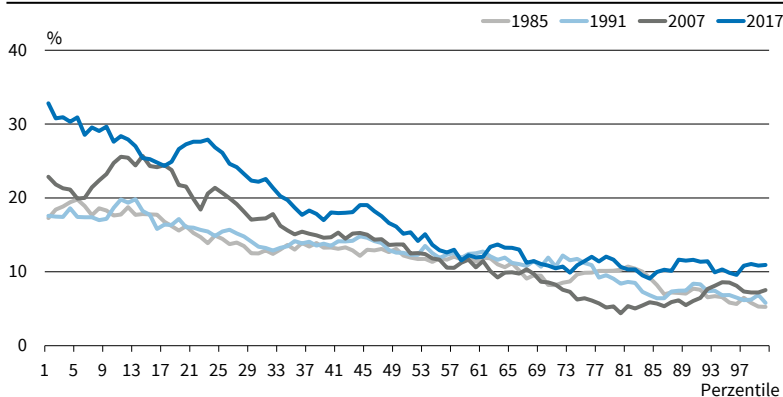
Gini-Koeffizient des verfügbaren Haushaltseinkommens und des Bruttohaushaltseinkommens^a



^a Diese Abbildung zeigt den Gini-Koeffizienten des verfügbaren Haushaltseinkommens, des Bruttohaushaltseinkommens und des Bruttohaushaltsarbeitseinkommens in einer Stichprobe von Personen im Alter von 25–60 Jahren. Der Gini-Koeffizient im Bruttohaushaltsarbeitseinkommen wird für Haushalte berechnet, in denen mindestens ein Haushaltsmitglied erwerbstätig ist. Personen gelten als erwerbstätig, wenn sie im Jahr vor der Umfrage insgesamt mindestens 52 Stunden gearbeitet haben und Einkommen aus unselbständiger Arbeit oder Selbstständigkeit bezogen haben. Bis 1990: Nur Westdeutschland. Quelle: SOEP v38.1; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 5

Anteil Zugewanderter in der Bevölkerung entlang der Einkommensverteilung^a



^a Diese Abbildung zeigt den Anteil der Immigrant*innen in der Bevölkerung über die Verteilung des verfügbaren Einkommens. Die Stichprobe umfasst Personen im Alter von 25–60 Jahren. Die Einkommen sind in Preisen von 2019–2020 angegeben. Die verfügbaren Haushaltseinkommen wurden unter Verwendung der modifizierten OECD-Äquivalenzskala äquivalisiert. Fünfjahresdurchschnitte wurden berechnet und eine Glättung über fünf Perzentilpunkte angewendet. Bis 1990: Nur Westdeutschland.

Quelle: SOEP v38.1; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Schon vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine kamen viele Migrant*innen als Asylsuchende aus Konfliktgebieten nach Deutschland, wie beispielsweise aus Syrien seit 2015. Migrant*innen sind dabei zumindest anfangs häufig in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung zu finden (vgl. Abb. 5). 2017 waren am unteren Ende der Einkommensskala etwa 30 % der Personen Migrant*innen, während es am oberen Ende nur knapp 10 % waren. Diese Differenz von nun 20 Prozentpunkten war in den 1980er und 1990er Jahren deutlich geringer. Durch diese Dynamik hat die Zuwanderung zumindest kurzzeitig die Einkommensungleichheit in Deutschland verstärkt, auch im Vergleich zu anderen Ländern. Während die Zuwanderung in den USA und den Niederlanden beispielsweise ebenfalls stärker in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung konzentriert ist, blieb der Anteil der Migrant*innen entlang der Einkommensverteilung in den vergangenen 20 Jahren für diese Länder weitgehend konstant. Im Vereinigten Königreich wurde die Einkommensverteilung von Migrant*innen in den vergangenen Jahren gleichmäßiger.

ZUSAMMENFASSUNG UND POLITIKEMPFEHLUNGEN

Trotz Veränderungen in der Zusammensetzung der erwerbstätigen Bevölkerung ist die Ungleichheit bei den Einkommen und verfügbaren Haushaltseinkommen in den vergangenen Jahren stabil geblieben. Eine der wichtigsten Entwicklungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahrzehnten ist die zunehmende Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen. Allerdings fanden die meisten dieser Beschäftigungsgewinne in Teilzeitpositionen statt. Daher sind geschlechtsspezifische Unterschiede in den Einkommen nach wie vor allgegenwärtig.

Reformen, die eine Verringerung geschlechtsspezifischer Einkommensunterschiede zum Ziel haben, sollten Anreize für eine Erhöhung der Arbeitszeit set-

zen. Ein Reformvorschlag, der in der Vergangenheit ausführlich diskutiert wurde und kürzlich erneut in den Fokus rückte, zielt auf die gemeinsame Besteuerung von Ehepaaren ab. Dies schafft in Verbindung mit der geringfügigen Beschäftigung starke wirtschaftliche Anreize für Zweitverdiener*innen – in den meisten Fällen Frauen – in Teilzeitjobs zu bleiben. Blömer und Peichl (2023) diskutieren und simulieren mehrere Reformvorschläge, die die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen erhöhen könnten. Diese Vorschläge stellen eine Möglichkeit dar, nicht nur die Beschäftigungsquoten von Frauen zu verbessern, sondern auch zur Verringerung der geschlechtsspezifischen Einkommensungleichheit beizutragen.

REFERENZEN

Blömer, M. und A. Peichl (2023), *Reformoptionen im deutschen Grundversicherungs- und Transfersystem sowie bei der Ehegattenbesteuerung*, ifo Forschungsberichte 140, ifo Institut, München.

Blömer, M., M. Lay, A. Peichl, A.-C. Rathje, T. Ritter, P. Schüle und A. Steuernagel (2023), *Inequality in Germany: 1983–2019*, Deaton Review, Country Studies, verfügbar unter: <https://ifs.org.uk/inequality/country-studies-germany/>.

Blömer, M.J., N. Guertzgen, L. Pohlan, H. Stichnoth und G. J. van den Berg (2020), »Unemployment Effects of the German Minimum Wage in an Equilibrium Job Search Model«, CESifo Working Paper 7160.

Bossler, M. und H.-D. Gerner (2020), »Employment Effects of the New German Minimum Wage: Evidence from Establishment-Level Microdata«, *Industrial and Labor Relations Review* 73(5), 1070–1094.

Bossler, M. und T. Schank (2023), »Wage Inequality in Germany after the Minimum Wage Introduction«, *Journal of Labor Economics* 41(3), 813–857.

Brüll, E. und C. Gathmann (2020), »Evolution of the East German Wage Structure«, ZEW Discussion Paper No. 20–081.

Bundesagentur für Arbeit (2023), *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf: Entwicklung der Arbeitslosenquote (Strukturmerkmale)*, Bundesagentur für Arbeit Statistik.

Card, D., Jörg Heining und P. Kline (2013), »Workplace Heterogeneity and the Rise of West German Wage Inequality«, *The Quarterly Journal of Economics* 128(3), 967–1015.

Drechsel-Grau, M., A. Peichl, K. D. Schmid, J. F. Schmieder, H. Walz und S. Wolter (2022), »Inequality and Income Dynamics in Germany«, *Quantitative Economics* 13(4), 1593–1635.

Dustmann, C., A. Lindner, U. Schönberg, M. Umkehrer und P. vom Berge (2022), »Reallocation Effects of the Minimum Wage«, *The Quarterly Journal of Economics* 137(1), 267–328.

Felbermayr, G., M. Battisti und S. Lehwald (2016), »Einkommensungleichheit in Deutschland, Teil 1: Gibt es eine Trendumkehr?«, *ifo Schnelldienst* 69(13), 28–37.

Fuchs-Schündeln, N., D. Krueger und M. Sommer (2010), »Inequality Trends for Germany in the Last Two Decades: A Tale of Two Countries«, *Review of Economic Dynamics* 13(1), 103–132.

Grabka, M. M. (2021), »Einkommensungleichheit stagniert langfristig, sinkt aber während der Corona-Pandemie leicht«, *DIW Wochenbericht* 88(18), 308–316.

Kleven, H., C. Landais, J. Posch, A. Steinhauer und J. Zweimüller (2019), »Child Penalties across Countries: Evidence and Explanations«, *AEA Papers and Proceedings* 109, 122–126.

Link, S. (2022), »The Price and Employment Response of Firms to the Introduction of Minimum Wages«, IZA Discussion Paper 15701.

OECD (2023a), *ICTWSS Database*.

OECD (2023b), »Minimum Relative to Median Wages of Full-Time Workers – Complete Database«, OECD.Stat.

Peichl, A., P. Hufe und M. Stöckli (2018), »Ökonomische Ungleichheit in Deutschland – ein Überblick«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 19(3), 185–199.

Statistisches Bundesamt (2023), »Bruttoinlandsprodukt von 1950 bis 2022 im Durchschnitt 3,1 % pro Jahr gewachsen«, Pressemitteilung Nr. 032 vom 01. Juni 2023.